

SAARC-Gipfel in Delhi

von Martin Peter Houscht

Das achte Gipfeltreffen der 'South Asian Association for Regional Cooperation' (SAARC), das Anfang Mai in New Delhi stattfand, hat sich nach einem zweijährigen, zum Teil mühseligen Verhandlungsprozeß endlich auf ein "South Asian Preferential Trading Arrangement" (SAPTA) verständigen können.

"Ich habe immer gesagt, daß die Politiker genug getan haben, um die Menschen in dieser Region so weit wie möglich voneinander fernzuhalten", so Morshed Khan, Geschäftsmann und ein Berater der bangladeschischen Premierministerin Khaleda Zia. Khan setzt auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit in der südasiatischen Region, die durch SAPTA möglicherweise gestärkt wird. SAPTA ist ein präferentielles Handelsabkommen, das Importerleichterungen für 222 Produkte vorsieht. Indiens große Exportindustrie ist mit 106 Produkten der große Gewinner von Zollsenkungen in der Größenordnung von zehn Prozent. Auch die anderen sechs Mitgliedsstaaten - Pakistan (35 Produkte), Sri Lanka (31), Malediven (17), Nepal (14), Bangladesch (12), Bhutan (7) - konnten für bestimmte Waren Importerleichterungen erzielen.

Noch zu Beginn dieses Jahres hatte man sich nicht einmal auf eine solche Produktliste verständigen können. Erst ein Vorbereitungstreffen in Kathmandu und das Insistieren von Unternehmensseite brachte den Durchbruch und gab der Hoffnung, den mageren dreiprozentigen Anteil des intraregionalen Handels am Gesamthandel der Mitgliedsstaaten steigern zu können, eine realistische Perspektive. Bis zum 10. Dezember diesen Jahres, das ist zugleich der zehnte Geburtstag von SAARC, sollen alle Parlamente SAPTA ratifiziert haben.

Politischen Beziehungen

"SAPTA ist ein guter Anfang, reicht aber nicht", so der srilankische Außenminister Lakshman Kadirgamar, der damit die Gesamtstimmung ausdrückt und zugleich den Finger in

die Wunde steckt. Es sind dies die vielen bilateralen politischen Probleme, die man ursprünglich - auf das Vorbild ASEAN blickend - durch eine stärkere ökonomische Kooperation entschärfen oder gar lösen wollte, die sich aber nun als Hindernis für eine solche Integration erweisen. Auf dem achten SAARC-Gipfel wurde daher, vor allem von Bangladesch und Nepal, der politisch brisanten Forderung Ausdruck verliehen, auch bilaterale Themen zum Gegenstand von Diskussionen innerhalb des SAARC zu machen.

Was diesen Komplex der politischen Beziehungen anbelangt, so muß sich Indien unter Druck gesetzt fühlen. Mit jedem der anderen Mitglieder befindet sich das Land im Streit. Nepal möchte wegen seiner Binnenlage engere ökonomische und politische Beziehungen zu China eingehen und stößt dabei auf den erbitterten Widerstand Indiens. Mit Bangla-

desh werden seit über 20 Jahre Verhandlungen über die gemeinsame Nutzung der Wasserressourcen geführt, wobei Indien seinen östlichen Nachbarn ungeachtet des Verhandlungsprozesses immer wieder vor vollendete Tatsachen gestellt hat. Das Verhältnis zu Pakistan wurde und wird durch die Kashmir-Frage belastet.

Politische Beobachter sehen in der Vielzahl der ungelösten politischen Konflikte die Hauptursache für den unbefriedigenden Integrationsprozeß innerhalb des SAARC. Freier Handel folgt demnach der politischen Befriedung und ist keineswegs deren Voraussetzung. Der stellvertretende Premierminister Nepals vertrat auf dem Gipfel die Auffassung, "wenn nationale Themen zum Gegenstand von UNO-Debatten gemacht, zwischenstaatliche Angelegenheiten in Europa innerhalb der Europäischen Union diskutiert und Streitfälle der Mitglieds-



(aus: 'The Friday Times')

staaten innerhalb ASEAN beigelegt werden können, warum können wir das nicht tun."

Indien verweist auf die vertrauensbildenden Maßnahmen, zu denen es SAPTA zählt, und hält diese für eine (ausreichende) Grundlage für den Frie-

den in der Region.

Für die anderen Mitgliedsstaaten verhält sich der Fall anders, versucht Indien lediglich die ökonomische Basis für seine politische Hegemonialstellung zu verbreitern. Solange Indien nicht einlenkt und sich weigert, die Diskussion

bilateraler Themen durch eine Ergänzung der SAARC-Charter zu ermöglichen, wird SAARC ein Zug ohne Kraft und Richtung bleiben. Furcht und Mißtrauen in der Region werden Integrationsfortschritte, die weit über SAPTA hinausgehen, verhindern.

Kommentar:

SAARC - Chance oder Chimäre?

von Bernd Basting

Die Staats- und Regierungschefs der sieben Staaten - Bangladesh, Bhutan, Indien, die Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka -, die seit 1985 die "Südasiatische Vereinigung für regionale Kooperation" (SAARC) bilden, haben sich erneut in New Delhi getroffen. Anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der SAARC wollten die politischen Akteure ihre Zusammenkunft nicht ohne Ergebnis beschließen. So wird im Dezember diesen Jahres das schon lange geplante Abkommen über bevorzugten Handelsaustausch zwischen den Ländern im südasiatisch-pazifischen Raum ratifiziert werden, das "South Asia Pacific Preferential Trade Agreement" (SAPTA).

Das ist eine positive Nachricht. SAPTA schafft zwar noch keine Freihandelszone, stellt aber einen wichtigen Schritt zu ihrem Erreichen dar. Lange hat man darauf gewartet, und angesichts der vieljährigen Verweigerung Pakistans, den Bereich Handel (wie auch Industrie, Investitionen und Finanzen) der SAARC-Agenda hinzuzufügen - man befürchtete eine Überschwemmung des einheimischen Marktes mit indischen Industriegütern - ist es ein Erfolg, der kaum mehr erwartet werden konnte.

Um eine realistische Prognose zu wagen, erscheint ein Blick zurück auf die bisherige Entwicklung der Assoziation sinnvoll: Entstanden ist sie Mitte der achtziger Jahre auf Initiative Nepals und vor allem Bangladeshs hin. Dessen damaliger Präsident Zia-ur Rahman drängte auf eine intensivere Zusammenarbeit der Staaten der Region. Doch der in jeder Hinsicht bedeutendste Mitgliedsstaat Indien agierte lange als Bremsklotz, weil er seine Interessen am besten durch bilaterale Kontakte zu verwirklichen glaubte. So insistierte Delhi für eine gute Zeit auf eine Ausklammerung aller strittigen bilateralen Fragen aus der SAARC-Agenda, um dadurch ein "ganging up" der schwächeren Staaten zu verhindern. Die Fortführung der "Indira"- (oder Südasiens-) Doktrin von 1983, die deklarierte, daß kein Staat Südasiens sich bei innen- und sicherheitspolitischen Problemen unter Umgehung Indiens an Dritte wenden sollte, zementierte den Anspruch Indiens, führende Regional- und Ordnungsmacht in Südasiens zu sein.

Aus dem betonten Selbstverständnis, die einzige Demokratie in der Region zu bilden, mit pluralistischer Werteordnung und einer föderativen Verfassung, leitete Indien eine Vorbild- und Modellfunktion für seine Nachbarländer ab. Deren Regenten empfanden das oft als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten,

zumal sich die Oppositionskräfte in ihren Ländern am offeneren indischen System orientierten.

Beispielhaft dafür zeigte sich 1990 das Pochen Indiens auf die Einhaltung des indisch-nepalesischen Vertrages von 1950, der Nepal zu einer indischen Sicherheitszone - gegenüber China - erklärte und das Verhältnis zwischen Indien und Nepal als eine "Sonderbeziehung" definierte, die Delhi bei sicherheitsrelevanten Fragen faktisch ein Einspruchsrecht in die Politik des Himalaya-Staates gewährte. Als Kathmandu 1990 außenpolitisch eine stärkere Annäherung an China versuchte, verfügte Indien die Schließung mehrerer Transitwege und setzte das abgelegene Binnenland damit argen Versorgungsnotén aus. Zur Legitimation verwies man dabei auf den autoritären Charakter des Herrschaftssystems Nepals, der engere Beziehungen zwischen den beiden Ländern behindere. Die dadurch in Nepal angeheizte Verfassungsdebatte um die Position des Königs im Frühjahr 1990 erzwang dann in wenigen Wochen den Wandel des nepalesischen Regierungssystems von einer absoluten zu einer konstitutionellen Monarchie; darin sollte fortan die Indienfreundliche und 30 Jahre lang verbotene 'Congress'-Partei Nepals eine wichtige Rolle spielen. Aktuell ist der indisch-nepalische Dialog mit dem Streit um Wasserrechte belastet.

Das durch drei Kriege spannungsgeprägte Verhältnis zwischen Indien und Pakistan, die traditionelle Abwehrhaltung Islamabad gegenüber einem indischen Hegemonialanspruch und nicht zuletzt die Verschärfung des Kashmir-Konflikts seit 1990 standen einer fortschrittlichen Entwicklung der regionalen Kooperation in Südasiens ebenfalls entgegen.

Die Beziehungen zwischen Indien und Pakistan waren von Anfang an traumatisiert: Im Zuge der Geburt des Staates Pakistan und der Unabhängigkeit der Republik Indien 1947, kamen Millionen von Flüchtlinge bei gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Moslems ums Leben - ein Ereignis, daß in den nachfolgenden Generationen der betroffenen Familien bis heute im Bewußtsein lebendig geblieben ist und den Haß wachhält. Der Vertrag von Taschkent 1965, der einen Abzug indischer Truppen von pakistanischem Boden beschloß, und der Vertrag von Simla 1972, der nach dem kriegerischen Konflikt um die Gründung Bangladeshs pakistanische Truppen aus indischer Kriegsgefangenschaft auslöste, sah Pakistan zweimal als Verlierer von militärischen Konflikten mit dem großen Nachbarn und als Bittsteller.